

## PROBLEME DES SOZIALSTAATS

Karl-Heinz Dignas, Absolventen Zeitung, 4/ Juni 1995, S. 2

Der Sozialstaat steht heute im Zentrum einer harten öffentlichen Auseinandersetzung. Leidenschaftliche Gegner erheben ihre kritische Stimme, leidenschaftliche Befürworter halten dagegen. Und in der Tat stehen wir alle diesem Sozialstaat mehr oder weniger ambivalent gegenüber, da er uns lieb und teuer ist. Lieb denen, die direkt oder indirekt von ihm profitieren: Direkte Nutznießer des Sozialstaats sind die, die aus seinen Kassen Transferzahlungen und Sachleistungen erhalten, also Kinder und Alte, Kranke und Invalide, arme Familien und bedürftige Studenten; indirekt Nutznießer ist der Bereich unserer Wirtschaft und Gesellschaft, den man „Sozialindustrie“ nennen kann: Ärzte, Krankenhäuser und Kureinrichtungen, Teile der Pharmaindustrie, Hersteller von medizinischen Geräten, Kirchen und Wohlfahrtsverbände, die Organisationen der Sozialversicherungen und auch die Sozialpolitiker aller Parteien auf allen politischen Ebenen.

Daß dies alles teuer ist, wird kaum jemand leugnen wollen, teuer für die, die seine Kosten in Gestalt von Beiträgen, Steuern und überhöhten Preisen bezahlen müssen. Ist er aber „zu teuer“, wie alle diejenigen behaupten, die heute seinen Abbau, zumindest aber seinen Umbau fordern?

Eine solche Frage läßt sich für sogenannte private Güter leicht beantworten. Wenn ich mir ein neues Auto kaufen will, weiß ich, wieviel Geld mir dafür zur Verfügung steht. Ich kann wählen zwischen Autos mit verschiedenen Merkmalen wie Sicherheit, Geschwindigkeit, Größe u.s.w.. Ich treffe nach Abwägung aller Vor- und Nachteile die Entscheidung, ob ich doch lieber mein altes Auto weiterfahre, weil mir ein neues „zu teuer“ ist, ob ich ein japanisches kaufe, weil für mich deutsche Autos „zu teuer“ sind oder doch wieder einen VW-Passat, weil mich ein Mercedes der S-Klasse „zu teuer“ kommt.

Bei den Leistungen des Sozialstaates ist alles anders. Hier werden die Entscheidungen nicht durch mich sondern durch irgendwelche politische kollektive Gremien für mich getroffen. Diese bestimmen, ob der Sozialstaat zu teuer ist oder nicht. Hier ist also nicht Selbstbestimmung sondern Fremdbestimmung Trumpf, im günstigsten Fall Mitbestimmung. Schon das allein ist ein Ärgernis für viele unter uns.

Hinzu kommen die besonderen Probleme des Sozialstaates. Ein erstes kann man an folgendem Bild festmachen: Der Sozialstaat ist wie ein Eimer mit Wasser, der von der Quelle zu denjenigen getragen wird, die das Wasser trinken sollen. Doch leider hat der Eimer eine ganze Menge Löcher, so daß einiges Wasser auf dem Wege verloren geht. Anders ausgedrückt: Die „Verwaltungskosten“, die Reibungsverluste des Sozialstaates sind enorm hoch, seine Effizienz gering.

Daneben verfälscht der Sozialstaat die ökonomischen Anreize in eklatanter Weise: Je mehr er ausgebaut wird, desto mehr lohnt es sich, sich erstens den Anschein der Bedürftigkeit zu geben, ohne wirklich bedürftig zu sein. Zweitens verführt er dazu, auf eigene Anstrengungen zur Verbesserung der eigenen Lage zu verzichten nach dem Motto „Der Sozialstaat wird's schon richten „. Dies gilt nicht nur für Einzelpersonen und private Haushalte sondern auch und ganz besonders für Unternehmen, die dann nicht mehr ihre Probleme dadurch lösen, daß sie neue und wettbewerbsfähige Produkte und Produktionsverfahren für den Markt entwickeln sondern dadurch, daß sie um Hilfe in Gestalt von Subventionen beim Sozialstaat vorstellig werden. Drittens schließlich ist es nicht nur die Angelegenheit weniger sondern mittlerweile zu einem Volkssport geworden, möglichst viel aus den Sozialkassen wieder herauszuholen, „weil man doch schließlich Beiträge zahlt“.

Dies alles hat zu den finanziellen Problemen aller Sparten des Sozialstaates beigetragen. Wer also hier gegensteuern will, muß bei den genannten Ursachen ansetzen. An solchen Reformvorschlägen herrscht kein Mangel. So werden von Ökonomen immer wieder Vorschläge auf den Tisch gebracht, die darauf hinauslaufen, in allen Ebenen des Sozialstaates mehr Markt und mehr Wettbewerb einzuführen. Wie wenig solche Vorschläge in der praktischen Politik zur Kenntnis genommen werden, zeigt

als jüngstes Beispiel die Pflegeversicherung, die zu einer weiteren Sparte der klassischen Sozialversicherung geworden ist: mit all ihren bekannten Schwächen.

Warum ist das so? Wer in einer Demokratie Reformen des Sozialstaates durchsetzen will, braucht politische Mehrheiten. Er hat dabei alle gegen sich, die die Nutznießer des heutigen Systems sind: Wie oben gezeigt, sind das nicht wenige, und wir alle gehören in der einen oder anderen Form dazu. Und diese Nutznießer des Sozialstaates haben eine ausgezeichnete Lobby, die jede Kritik am Sozialstaat sofort damit kontert, daß durch einen Umbau - der den Sozialstaat schlanker und effizienter machen will - todsicher aber durch einen Abbau des Sozialstaates die „Soziale“ Marktwirtschaft am Ende und der soziale Friede gefährdet sei. Schreckt der Politiker aber vor Auseinandersetzungen mit ihnen zurück, weil er Angst hat die nächste Wahl zu verlieren, dann riskiert er, daß die Zahl derjenigen immer größer wird, die den Lasten des Sozialstaates ausweichen: sei es, daß sie im Inland auf Freizeit und soziallastfreie Güter und Dienste, Tätigkeiten im Bereich der Schattenwirtschaft oder ganz ins Ausland ausweichen. Unter denen, die ihren Standort ins Ausland verlegen, um dem Sozialfiskus den Rücken zu kehren, finden sich nicht nur Unternehmer sondern auch andere Großverdiener z.B. aus Sport und Showbusiness. Dies vergrößert, aber die Finanzmisere des Sozialstaates und erhöht den Problemdruck.

Ringt der Politiker sich schließlich zu einer Reform durch, weil ihn die leeren Kassen dazu zwingen, so ist nicht schwer vorherzusagen, wem er zunächst einmal und vor allem dabei auf die Füße tritt: Denen, die nur eine schwache Lobby haben, was natürlich seinerseits auf Kritik stößt und den sozialen Frieden stört. Fazit: Ob Beibehaltung des Status quo, ob Abbau oder Umbau, das Thema „Sozialstaat“ wird ein Dauerbrenner der wirtschafts- und sozialpolitischen Diskussion in der Zukunft sein, zumal die Zeiten erst einmal vorbei zu sein scheinen, in denen der Sozialstaat mit der Gießkanne allen Gutes tun konnte.